ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Kocka, Jürgen

Article — Digitized Version

Revolution und Nation 1989: zur historischen Einordnung der gegenwärtigen Ereignisse

Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte - 19.1990

Provided in Cooperation with:
WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Kocka, Jürgen (1990) : Revolution und Nation 1989: zur historischen Einordnung der gegenwärtigen Ereignisse, Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte - 19.1990, ISSN 0932-8408, Wallstein, Göttingen, pp. 479-499

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/122861

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

WZB
Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung

WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB).
Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.
The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:
Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000 verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**.
More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000.

Jürgen Kocka, Berlin

Revolution und Nation 1989. Zur historischen Einordnung der gegenwärtigen Ereignisse

I. Einheit Europas

Die Französische Revolution von 1789 hat die Teilung Europas vertieft. Sie mündete in zwei kriegerische Jahrzehnte. Länger als ein Jahrhundert unterschieden sich die Entwicklungsmuster Mittel- und Osteuropas deutlich von denen in Westeuropa, denn in den meisten Ländern östlich des Rheins reagierte man auf das gesellschaftlich-politische Modell der Französischen Revolution mit einer Mischung aus Anpassung und Abwehr, statt es zu übernehmen oder nachzuvollziehen. Dies war eine Wurzel jener Auseinanderentwicklung West- und Mitteleuropas, die später als »Deutscher Sonderweg« oder »German divergence from the West« beschrieben wurde und viel mit dem katastrophalen Tiefpunkt deutscher Geschichte in den 30er und 40er Jahren dieses Jahrhunderts zu tun hatte.

Die Russische Revolution von 1917 legte den Grund für eine andere, noch tiefere Teilung Europas. Aus ihr entstand ein jahrzehntelanger Konflikt zwischen alternativen Wirtschaftsprinzipien, gegensätzlichen politischen Ordnungen und feindlichen Ideologien, ein Systemkonflikt, der das Spannungsverhältnis der Großmächte fundamentalisierte und seinen Höhepunkt im Kalten Krieg erreichte. Er teilte Deutschland, polarisierte Europa und trug zur Relativierung, ja Verwischung jener alten Spannungslinie bei, die Deutschland und den Westen getrennt hatte.

Dagegen haben die ost- und mitteleuropäischen Revolutionen des Jahres 1989 dazu beigetragen, den Kontinent zu einigen. Sie haben den Übergang zur gesamteuropäischen Normalität dezentralisierter, wenngleich staatlich durchdrungener Marktwirtschaft eingeleitet oder beschleunigt, dort wo diese Normalität bisher staatssozialistisch verstellt war. Und sie haben in bisherigen Diktaturen den Übergang – oder die Rückkehr – zur gesamteuropäischen Norm des demokratisch-freiheitlichen Verfassungsstaats mit Mehrparteiensystem und Gewaltenteilung teils vollzogen, teils eingeläutet. Obgleich die ökonomische und politische Neuordnung im Ländervergleich ungleichmäßig voranschreitet und ihre Erfolgschancen im Sinne des alten West-Ost-Gefälles weiterhin abgestuft sind, ist Europa in der Konsequenz der Revolutionen von 1989 nach wirtschaftlichen Ordnungsvorstellungen, Verfassungsprinzipien und offizieller politischer Phi-

losophie heute weniger fragmentiert als zu irgendeinem Zeitpunkt der letzten 200 Jahre. Dieser europäische Konsens ist in Wahrheit ein westlicher Konsens, den zumindest die nordamerikanischen Länder teilen und mit herbeigeführt haben, während sich ihm die halbeuropäische Sowjetunion, so sehr sie seine Durchsetzung westlich ihrer Grenzen allererst ermöglicht hat, derzeit nur schrittweise annähert.

II. Eigenarten der Revolutionen von 1989

Daß die Revolutionen von 1989 zunächst einmal gesamteuropäisch-vereinheitlichend gewirkt haben, ergab sich aus ihrer Eigenart. Dreierlei ist unübersehbar, trotz der im übrigen stark ausgeprägten Unterschiede von Land zu Land.
Zum einen folgten die Revolutionen von 1989 – anders als die von 1789 und 1917 – keineswegs neuen, utopischen Ideen. Auch brachten sie keine tragfähigen Visionen alternativer Wirtschafts-, Gesellschafts- und Verfassungsordnungen hervor. Theorien eines dritten Wegs zwischen östlichem Staatssozialismus und westlichem Kapitalismus wurden gesucht, jedoch nicht gefunden. Die Vision eines »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« blieb blaß und vage, und wo sie greifbarer wurde, entpuppte sie sich als Neuformulierung sozialdemokratischer Vorstellungen, wie sie im Rahmen westlicher Systeme längst formuliert, wenngleich bei weitem noch nicht durchgesetzt sind. Die seit jeher äußerst verschwommene und substanzarme Vorstellung von »Mitteleuropa« zwischen Ost und West spielte in der Diskussion nicht mehr als eine marginale Rolle, gewann jedenfalls an Profil und Konsistenz nichts dazu.
Sicherlich traten zeitweise basisdemokratische Politikformen eindrucksvoll auf: als revolutionäre Mittel zur Beseitigung der alten Ordnung wie als schnell improvisierte Auffüllung des Vakuums, das deren Zusammenbruch vorübergehend hervorbrachte. Aber sie blieben viel schwächer als die Rätebewegungen von 1917 oder 1918/19, und schon jetzt – Ende April 1990 – scheint klar, daß sie, ohne viel Widerstand zu leisten, durch repräsentative Politikformen aufgesogen werden. Sicherlich haben die Revolutionen von 1989 die moralische Dimension der Politik neu betont. Sie haben großartige Gesten der Versöhnung zwischen den Nationen hervorgebracht, man denke nur an Václav Havel. Und sie haben die Völker in die Lage versetzt, in ein aufrichtigeres Verhältnis zu ihrer Geschichte zu treten und lange Phasen der Vergangenheitsverdrängung zu beenden. Jedenfalls gilt dies für die bemerkenswert klare Abrechnung mit dem Stalinismus in der Sowjetunion und für die begrüßenswerte Anerkennung der nationalsozialistischen Verbrechen als Teil der eigenen Geschichte in der DDR. Der neu gewähltes Parlament begann seine Arbeit im April 1990 damit, die subtile Verdrängungsstrategie kommunistischer Faschismusinterpretationen zu beenden, die nationalsozialistische Vernichtungspolitik als Problem der Deutschen – nicht nur als Problem kapitalistischer und anderer Eliten – anzuer-

kennen und den eigenen Ort in der Geschichte in klarer Abgrenzung zum negativen Bezugsereignis des Nationalsozialismus zu bestimmen, wie sich dies in der Bundesrepublik in vielen Jahren mühsamer Aufarbeitung, zuletzt im »Historikerstreit«, mehrheitlich durchgesetzt hat[1].

All dies ist als ideenpolitische Erneuerung nicht zu unterschätzen. Aber insgesamt wurden die Revolutionen von 1989 von demokratischen und freiheitlichen Ideen geleitet, die auf die Durchsetzung der Grundprinzipien bürgerlicher Gesellschaften (civil society) und repräsentativer, pluralistischer, rechts- und verfassungsstaatlicher Regierungsformen zielen und Teil der Tradition westlichen politischen Denkens zumindest seit der Aufklärung sind. Letztlich handelt es sich bei den Revolutionen von 1989 um Aufhol-Revolutionen, die, soweit sie gelingen, den Rückstand Mittel- und Osteuropas gut machen und diesen Teil des Kontinents auf ein Niveau heben werden, das im Westen bereits vorher im großen und ganzen erreicht war.

Zum andern ist da der bemerkenswert friedliche Charakter des Umsturzes von 1989. Es mag trotzdem erlaubt sein, von Revolutionen zu sprechen: Volksbewegungen stellten die zentralen Motoren der Veränderung dar, und innerhalb kürzester Zeit wurde nicht nur das oberste politische Führungspersonal ausgetauscht, sondern auch ein fundamentaler Systemwechsel erreicht: wirtschaftlich, gesellschaftlich, verfassungspolitisch und ideologisch. Aber andererseits blieb der Umsturz bemerkenswert friedlich. Gewalt war – jedenfalls bisher und mit Ausnahme Rumäniens – anders als in den klassischen Revolutionen marginal. Und im Unterschied zu diesen vollzog sich nur der kleinere Teil der schnellen Veränderungen als Bruch des Rechts des zu verändernden Systems. Überwiegend wurde der Systemwechsel zwar durch Druck von Massen außerhalb der Parlamente und Parteiführungen erzwungen, aber dann doch unter Respektierung gesetzlicher und innerparteilicher Verfahren vollzogen, die das alte System bereithielt. Die großen Revolutionen in Frankreich und Rußland brachen das Recht des vorausgehenden Ancien régime und brachten sein Führungspersonal um. Die nationalsozialistische Diktatur ging nur gewaltsam unter, in einem von ihr angezettelten Krieg und einer von ihr zu verantwortenden Katastrophe, die vielen Millionen das Leben kostete und ungeheure Zerstörungen übrigließ. Ähnlich wie die post-faschistischen Diktaturen in Spanien und Portugal verfügten dagegen die post-stalinistischen Diktaturen Mittel- und Osteuropas 1989 über ein rechtlich-politisches System, das sich nach Wegfall der außenpolitischen Abstützung durch die Sowjetunion und unter dem Druck der Volksbewegungen als flexibel genug erwies, schnellsten Wandel ohne Gewalt und ohne viel Rechtsbrüche zu ermöglichen. Jedenfalls haben die Revolutionen

[1] Eine ähnlich rückhaltlose Abrechnung mit den stalinistischen Elementen des eigenen Erbes dürfte der DDR-Volkskammer vermutlich schwerer fallen, sie steht noch aus.

von 1989 weder zu blutigen Triumphen der Revolutionäre noch zu fortwirkenden Verwundungen und Vernarbungen geführt, die die Zukunft der so revolutionierten Gesellschaften von ihrer Umgebung neu abzusetzen geeignet gewesen wären, sei es durch zunehmend stilisierte Revolutionserinnerungen, sei es durch erneut notwendige Vergangenheitsbewältigung.

Schließlich zu den Ursachen: Sicher kamen wichtige Anstöße aus dem Innern der sich verändernden Gesellschaften. Über Jahre hinweg wuchs in ihnen – in Polen, Ungarn und der CSSR viel deutlicher als in der DDR – ein Protest- und Veränderungspotential heran. Sicherlich spielte dabei der Generationenwechsel eine Rolle: den Jungen gegenüber, die Weltkrieg und Faschismus nicht mehr erlebt hatten, ließ sich das System nur noch sehr begrenzt unter Verweis auf seine Aufbauleistungen und seinen Antifaschismus legitimieren. Im Zeitalter der elektronischen Medien und erleichterten Reisemöglichkeiten wirkte das infragestellende Vorbild der erfolgreicheren westlichen Systeme bis weit in den Ostblock hinein. Viel anderes kam sicher hinzu, vor allem das nachlassende Wachstum der Wirtschaft und der sich geltend machende Einfluß der Kirchen. Aber entscheidende Bedingung der Möglichkeit des Umsturzes war letztlich doch die vermutlich nicht endgültige, aber gravierende Schwächung der Sowjetunion, der letzten großen supranationalen Hegemonialmacht in Europa, in engster Verbindung mit der sich herausstellenden Unterlegenheit des staatssozialistischen Systems. Dessen Versagen in den 80er Jahren gehörte wohl zur Erfahrung aller Länder des östlichen Lagers, aber in der die Hauptlast der Systemkonkurrenz mit dem Westen tragenden und die Herrschaftsstruktur ihrer Satelliten abstützenden, im übrigen ökonomisch besonders rückständigen Sowjetunion wurde es am frühesten geschichtswirksam, und dies erst ermöglichte den Aufstieg eines Gorbatschow, der die Breschnew-Doktrin zurücknahm und damit den osteuropäischen Regierungen die entscheidende Grundlage ihrer im Inneren nicht genug legitimierten Macht entzog.

Was sich da im Innern der Sowjetunion Mitte der 80er Jahre aus welchen Gründen im einzelnen abgespielt hat, ist schwer zu erkennen. Warum nicht zehn Jahre früher, warum nicht viel später? Sicherlich spielte die vergebliche Überspannung der sowjetischen Kräfte in Afghanistan ihre Rolle, vielleicht auch das Gemisch aus Entspannungsangeboten und Hochrüstungspolitik, das der Sowjetunion aus dem Westen entgegentrat. Vielleicht sah sich die Führung zunehmend mit Legitimationsschwierigkeiten konfrontiert, vielleicht antizipierte sie Unruhen. Letztlich dürfte aber eine im Kern ökonomische, sich langfristig aufbauende Effizienzschwäche zugrundegelegen haben, die in der Konfrontation und im Wettbewerb mit dem nichtsozialistischen Westen zur Existenzgefährdung wurde und die in klassisch-marxistischer Weise zu erklären ist: als Widerspruch zwischen den Entwicklungsimperativen einer sich rapide verändernden, zunehmend auf Informationen und ihrer optimalen Verwertung fußenden, den offenen Fluß von Informationen und dezentrale Steuerung verlangenden Produktionsweise unter Bedingungen der dritten industriellen Re-

volution einerseits, der Unbeweglichkeit und Starre von Produktionsverhältnissen andererseits, die zu nicht-offenen Gesellschaften mit zentralem, letztlich diktatorischem Steuerungsmonopol wesentlich hinzugehören. Anders ausgedrückt: Wenn es um den Bau von Eisenbahnen, Hochöfen und Textilfabriken geht, mögen Industrialisierung, Zentralverwaltungswirtschaft und diktatorisch gegängelte Gesellschaftsordnung ein Stück weit vereinbar sein. Wenn es um Mikroprozessoren und EDV-basierte Informationssysteme, um die Fähigkeit zu exponential beschleunigtem Wandel und Anpassung an nicht-vorausgesagte Änderungen geht, vermutlich nicht.

Wie immer die Ursachenanalysen nach genauerer Kenntnis der Vorgänge einmal zu modifizieren sein wird, in der zweiten Hälfte der 80er Jahre hörte die Sowjetunion auf, mit ihrer militärischen Macht den Regierungen der Staaten in ihrem Einflußbereich als Legitimationsersatz zur Verfügung zu stehen, wie noch 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn, 1968 in der CSSR und noch 1981 in Polen.

Es dauerte einige Zeit, bis das klar wurde, und natürlich war keineswegs ausgemacht, daß es (fast) ohne Blutvergießen abgehen würde. Aber auf sich gestellt, erwiesen sich diese Regierungen als äußerst schwach, ohne viel Rückhalt in der Bevölkerung, ohne hinreichende Legitimität. Im Kern dieser Revolutionen stand deshalb der unerwartet widerstandsarme Zusammenbruch unerwartet schwacher Regierungen. Man wurde an das rasche Nachgeben der Regierungen im März 1848 erinnert. Damals erwies sich der schnelle Sieg der Revolution als oberflächlicher Scheinerfolg, es dauerte nicht lange bis zur Rückkehr der alten Machtträger unter leicht modifizierten Bedingungen.

Auch heute ist noch nicht klar, wieviel von den alten Apparaten, dem Führungspersonal unterhalb der obersten Ebene, den in Jahrzehnten eingeschliffenen Verhaltensweisen und Mentalitäten den Umsturz überlebt, dessen sanfte Gewaltlosigkeit und weitgehende Rechtmäßigkeit eben auch ihre Kosten zu haben scheinen: Unterhalb der obersten Führungsebene hat das Leitungspersonal in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien – jedenfalls in der DDR – bisher kaum gewechselt. Es hat sich nur mehr oder weniger geschmeidig den neuen Verhältnissen angepaßt. Das sind deutliche Grenzen des Umbruchs. Aber ein Sieg der Gegenrevolution wie 1848/49 zeichnet sich dennoch nicht ab, u. a. deshalb nicht, weil eine militärisch starke, im Innern nicht herausgeforderte konterrevolutionäre Reserve-Macht – wie 1848/49 das zaristische Rußland – heute nirgends zu sehen ist. Letztlich stellten die Revolutionen von 1989 auch Schritte zur autonomen Ausfüllung eines durch sowjetische Schwäche entstandenen machtpolitischen Vakuums dar. Auch deshalb trugen sie zur Verallgemeinerung der europäischen Normalität bei, die außerhalb des sowjetischen Einflußbereichs schon lange nicht mehr durch die Herrschaft supranationaler Hegemonialmächte geprägt ist.

III. Fortschritt und Restauration

1989 gab es in Warschau und Budapest, in Berlin und Prag, im Osten und Westen viel Grund zum Feiern. 1989 war zunächst und vor allem ein großes Jahr in der Geschichte von Freiheit und Demokratie, ein Jahr des Fortschritts und der Emanzipation.

Doch wird man die welthistorische Bedeutung des Umsturzes von 1989 erst viel später beurteilen können. Was bedeutet das Jahr für die Geschichte des Sozialismus? Brach nur seine staatssozialistisch-diktatorisch-kommunistische Variante zusammen? War es ein Zusammenbruch, der die Grundideen des demokratischen Sozialismus unbeschädigt ließ? Oder ist hier auch endgültig ein weltgeschichtliches Experiment gescheitert, das zwar mit untauglichen, oft menschenverachtend-mörderischen Mitteln und unter vorwiegend schlechten Bedingungen erzwungen werden sollte, aber dennoch aus humanistischem Geist entstand und gesellschaftlich-politischen Fortschritt gewähren wollte, ohne sich auf die unsichtbare, oft sehr unsichere und überdies meist sehr ungleich verteilende Hand des Marktes zu verlassen? Ein Experiment, das Geschichte als insgesamt ungeplantes Resultat vielfältiger, anderes intendierender Einzelhandlungen ersetzen wollte durch Geschichte als gesteuertes Ergebnis vernünftiger Handlungen mündiger Subjekte und ihrer Gesellschaften? Ein Experiment, dessen Scheitern auch etwas über die Realisierbarkeit von Sozialismus allgemein aussagt?

Die Gegenargumente sind bekannt: Dieses Experiment, dieser Steuerungsversuch, dieser Sozialismus hat nie auf der freien und demokratischen Diskussion mündiger Bürger beruht, er war bürokratisch verformt, diktatorisch pervertiert, machtpolitisch instrumentalisiert und anderes mehr; sein Scheitern sagt also nichts gegen die Möglichkeit eines wahrhaft demokratischen Sozialismus, im Gegenteil: um diesem in Zukunft eine Chance zu eröffnen, mußte jener erst völlig untergehen.

Doch sind Zweifel erlaubt: *Wenn* »Sozialismus« mehr meinen soll als Sozialdemokratie – mehr als soziale Gerechtigkeit, breite Partizipation und Mitbestimmung, Solidarität mit den sozial Schwächeren, Gleichheit sozialer Chancen, soziale Verpflichtung des Eigentums und ergänzende Korrektur marktwirtschaftlicher Steuerung durch Gewerkschaften und Sozialstaat –, *wenn* die mehr oder weniger zentrale, wenngleich demokratische Entscheidung und Durchsetzung wirtschaftlich-gesellschaftlicher Entwicklungen Bestandteil der Begriffsdefinition von »Sozialismus« ist, und *wenn* das Scheitern der »realsozialistischen« Entwicklungsvariante nicht nur dem Mangel an demokratischer Fundierung und sonstigen ungünstigen Bedingungen, sondern auch prinzipiellen Schwierigkeiten nicht-marktmäßiger Steuerung wirtschaftlicher Abläufe in komplexen Systemen anzulasten ist, dann haben die letzten Jahre und Monate nicht nur die Unterlegenheit staatssozialistischer Diktaturen erwiesen, sondern auch die Erfahrungen verstärkt, die gegen die Realisierbarkeit jedweder Art

von Sozialismus unter den gegebenen und in absehbarer Zukunft erwartbaren Verhältnissen sprechen[2]. Sozialökonomisch gesehen, enthielten die Revolutionen von 1989 ein Stück Restauration.

Die Revolutionen von 1989 haben nicht nur die Einheit Europas gefördert, sondern auch Raum für die Erneuerung alter innereuropäischer Divergenzen und Konflikte geschaffen, die überwunden zu sein schienen. Sie schöpften einen Teil ihrer Kraft aus fortlebenden nationalen Identitäten, wie umgekehrt der Niedergang des internationalistischen Sozialismus und der Zusammenbruch der ost-westlichen Lagerbildung einen erneuten Aufschwung nationaler Identifikationen und nationalstaatlicher Politik ermöglichen.

Was das im östlichen Europa langfristig bedeutet, bleibt abzuwarten. Wo Nationalitätenkonflikte dank fortdauernder Mischsiedlung auf engstem Raum naheliegen, der Nationalismus seit dem späten 19. Jahrhundert mit dem Kampf um Befreiung aus Fremdherrschaft verbunden ist, die Nationalstaaten überdies noch vergleichsweise jung sind, ökonomische Rückständigkeit drückt und eingespielte Traditionen demokratisch-parlamentarischer Konfliktaustragung fehlen, wird man die Entstehung neuer Varianten extremen Nationalismus' nicht ausschließen können. Die Jahrzehnte des »realen Sozialismus« haben offenbar mehr überdeckt als gelöst. Wie aus dem Eisschrank kommen alte Konfliktstrukturen hervor, die man zumindest gemildert wähnte. Manches erinnert an vor 1914, als zerbröckelnde Großreiche und fanatische Nationalismen lokal nicht begrenzbare Explosionsgefahren heraufbeschworen. – Und was bedeutet die Neubelebung des nationalen Prinzips für den Teil Europas, in dem es seine zerstörerischsten Wirkungen entfaltete und lange hoffnungslos diskreditiert erschien, für Deutschland?

IV. Revolution und Nation in der DDR

Die Revolution in der DDR war Teil des mittel- und osteuropäischen revolutionären Prozesses. Sie hing von den vorausgehenden Wandlungen in der Sowjetunion, Polen und Ungarn ab, wie sie umgekehrt die Entwicklungen in der CSSR beschleunigte. Die Régimes fielen wie die Steine im Dominospiel. Aber es gab Eigenarten der ostdeutschen Entwicklung, die aus der besonderen nationalen Lage folgten, durch die sich die DDR, konfrontiert mit der Existenz eines anderen Staats gleicher Nation, von allen anderen mittel- und osteuropäischen Ländern unterschied.

---

[2] Dagegen ist das sozialdemokratische Programm, wie oben definiert und von »Sozialismus« unterschieden, durch die Erfahrungen der letzten Zeit nicht in Frage gestellt worden. Es dürfte vielmehr mittelfristig auch in den nun zur Marktwirtschaft übergehenden, neue Ungleichheiten hervorbringenden Gesellschaften an Bedeutung gewinnen.

In der DDR fehlte es an Entsprechungen zur tschechoslowakischen Charta 77, zur polnischen »Solidarität« und zum kräftigen Reformkommunismus Ungarns. Sicher hat die Revolution auch in der DDR ihre Vorgeschichte: vom Einmarsch in Prag 1968 über die zahlreichen Ausbürgerungen, die Friedensgebete in den Kirchen und Ansätze zur ökologischen Bewegung bis hin zum Verbot der sowjetischen Zeitschrift »Sputnik« im Herbst 1988, den illegalen Demonstrationen und Verhaftungen am Rand offizieller Feierparaden und der Fälschung der Kommunalwahl im Mai 1989. Aber im ganzen blieb die innere Opposition in der DDR bemerkenswert schwach, viel schwächer als in den genannten Ländern, und das hing auch mit dem teils erzwungenen, teils freiwilligen Abstrom wirklicher und möglicher Dissidenten in die aufnahmebereite Bundesrepublik zusammen. Umgekehrt zeigten sich die ostdeutschen Kommunisten bis zuletzt besonders reformfeindlich, weil sie anders als ihre Kollegen in Moskau, Warschau und Budapest fürchten mußten, daß jede Abmilderung des scharfen Systemunterschieds zwischen DDR und Bundesrepublik rasch an die Existenzgrundlage ihres Staates rühren würde, der nur als sozialistischer, nicht aber als deutscher seine gesonderte Daseinsberechtigung besaß.

Aus prinzipiell ähnlichen Gründen standen der Revolution in der DDR zunächst nationale Argumente und Symbole als Mittel der Mobilisierung nicht zur Verfügung. Anders als der Umbruch in Warschau, Budapest und Prag fand die Revolution in Leipzig, Ost-Berlin und anderen DDR-Städten vom Beginn der großen Demonstrationen in der zweiten Hälfte September bis zum Fall der Mauer am 9. November 1989 ohne nationale Töne statt. Den Sprecherinnen und Sprechern des »Neuen Forum« und anderen Exponenten der Revolution ging es um die demokratische Veränderung ihres Staates, nicht aber um die Infragestellung seiner Selbständigkeit. Bis Mitte November spielten auch auf den großen Straßendemonstrationen Wiedervereinigungsforderungen keinerlei Rolle, sie scheinen geradezu tabu gewesen zu sein. Entsprechend wurde das Thema von der westdeutschen Politik gemieden. Die entscheidenden Durchbrüche der Revolution in der DDR wurden ohne die Dampfkraft nationaler Parolen erreicht.

Indirekt jedoch hat die Tatsache, daß die DDR nur einer von zwei deutschen Staaten war und der andere die Zweistaatlichkeit nie wirklich akzeptierte, ganz erheblich zur ostdeutschen Revolution beigetragen, und zwar von Anfang an. Denn ohne die Existenz einer attraktiven, aufnahmefähigen und aufnahmebereiten Bundesrepublik, deren einheitliches, die Zweistaatlichkeit unterlaufendes Staatsbürgerschaftsgesetz die sofortige Aufnahme der Deutschen aus der DDR als Bürger mit allen, auch sozialen, Rechten zwingend vorschrieb und faktisch als Einladung wirkte, wäre es nicht zu jenem Massenexodus von Ost nach West gekommen, der mit der Durchlöcherung der ungarischen und polnischen Grenzen im Sommer 1989 einsetzte. Diese publizistisch stark beachtete Abwanderung wiederum war es, die die mangelnde Attraktivität des ostdeutschen Systems eindrucksvoll vorführte, es zusätzlich delegitimierte, die Schwä-

che der Ost-Berliner Regierung enthüllte, seit September im Innern der DDR massive Reformforderungen auslöste und die Straßendemonstrationen mit ihrem entscheidenden Höhepunkt am 9. Oktober in Leipzig auf die Beine zu bringen half. Die destabilisierende Wirkung des nationalen Zusammenhangs kompensierte die herkömmliche Schwäche der DDR-internen Opposition.
Während in der Regel, um Albert Hirschman zu zitieren, Abwanderung und Widerspruch – »exit« und »voice« – alternative Problemlösungsstrategien darstellen, verstärkten sie sich in diesem Fall wechselseitig: Wie der Exodus die innere Oppositon in Bewegung setzte, so wirkte sich deren Erfolg – der Abbau der Freizügigkeitshemmnisse bis hin zum Fall der Berliner Mauer – zunächst einmal als Erleichterung der Abwanderung aus.
Dieser Mechanismus, der die Revolution antrieb und selbst aus dem nationalen Zusammenhang gespeist wurde, blieb auch in der Folge von entscheidender Wichtigkeit: der Beitrag der Bundesrepublik zur Revolution in der DDR. Deren zweite Phase reichte von der Öffnung der Mauer am 9. 11. 89 bis zur gewaltsamen Besetzung der Stasi-Zentrale am 15. 1. 90; neben tiefgreifenden Wandlungen brachte sie ernsthafte Versuche der alten Kräfte, ihre Macht unter veränderten Bedingungen neu zu stabilisieren. Im Zentrum einer dritten Phase von Mitte Januar bis zu den Wahlen am 18. März 1990 stand der rapide Verfall des DDR-Machtsystems. In diesen beiden Phasen avancierte die nationale Frage zum beherrschenden Thema der Revolution. Sie wurde im Sinne schneller und voller staatlicher Vereinigung entschieden – vorbehaltlich der noch nicht voll gesicherten außenpolitischen Durchsetzbarkeit.
Als ausschlaggebende Triebkraft erwies sich dabei das sich seit Mitte November zunächst zögernd und gegen Widerstände formulierende Wiedervereinigungsverlangen in wachsenden Teilen der DDR-Bevölkerung. Es erfuhr bald vorsichtige Unterstützung seitens der Parteien und der Regierung in Bonn: Brandt war schon am 10. November öffentlich davon überzeugt, daß jetzt zusammenwachsen werde, was zusammen gehört. Kohl verkündete seinen Zehn-Punkte-Plan am 28. November. Doch so wichtig solche Initiativen »von oben« waren – auch für den komplizierten Prozeß des Auslotens und Ausweitens der außenpolitischen Möglichkeiten –, die Politik der Parteien und Regierungen lief der Vereinigungsdynamik hinterher, wie sie sich in Demonstrationen und Gegendemonstrationen auf den Straßen Leipzigs, Ost-Berlins und anderer DDR-Städte entfaltete und in zahllosen, grenzüberschreitenden deutsch-deutschen Alltagskontakten – zwischen Personen und Familien, Firmen und Schulen, Parteigliederungen, Kommunen und Vereinen – »von unten« her festigte. Wie Modrow von der Idee einer lockeren deutsch-deutschen Vertragsgemeinschaft (17. 11. 89) bis zum Ruf »Deutschland einig Vaterland« (am 1. 2. 90) getrieben wurde, so bewegte sich Kohl von vagen Konföderationsperspektiven (28. 11. 89) bis zum Versprechen einer alsbaldigen Währungs- und Wirtschaftsunion als eines Vorgriffs auf die bundesstaatliche Lösung (Anfang Februar 90) größtenteils hinter den Daten her, die von der fortdauernden Ost-West-Wanderung,

von der sich durchsetzenden Vereinigungsstimmung in der DDR und von der faktischen Erosion des DDR-Systems gesetzt wurden.

Es war ein weitgehend ungesteuerter, sich selbst beschleunigender Prozeß, den die westdeutschen Politiker nur mit sehr harten Schnitten – Abschnürung des Zustroms – und eindeutigen Verweigerungsaussagen hätten stoppen können, wenn überhaupt. Dazu war die politische Klasse der Bundesrepublik jedoch in ihrer überwiegenden Mehrheit aus Überzeugung nicht bereit, dahin wurde sie auch nicht von kräftigen Strömungen der westdeutschen Öffentlichkeit gedrängt, dazu wäre sie wohl auch aufgrund von Vorgaben des Grundgesetzes und im Licht vielfältiger Festlegungen der vorangehenden Jahrzehnte kaum in der Lage gewesen. Im Gegenteil, spätestens seit Januar 1990, vor allem aber im dann folgenden ostdeutschen Wahlkampf, der schon gesamtdeutsch geführt und von den Westdeutschen dominiert wurde, erwiesen sich die Rhetorik und die Versprechen der konkurrierenden Parteiführer als mächtige Faktoren, die den Vereinigungsprozeß selbständig anheizten.

Die nationale Wende der Revolution geriet mit dem Kampf für Demokratisierung und Liberalisierung *nicht* in Konflikt. Im Gegenteil, in der deutschen Konstellation von 1989/90 konnte man die Unterstützung für nationale Ziele und den Einsatz für Menschen- und Bürgerrechte, parlamentarische Demokratie und freiheitlichen Verfassungsstaat unschwer miteinander verbinden. So geschah es auch, in fast allen Parteien. Der entstehende Konsensus war breit. Man kann in der Tat argumentieren, daß die Vereinigung mit der Bundesrepublik und ihrem eingespielten parlamentarisch-demokratischen System für die Bevölkerung der DDR der am ehesten erfolgversprechende Weg ist, die zerstörerische Bürde von vielen Jahrzehnten Diktatur zu überwinden und wichtige demokratisch-liberale Errungenschaften ihrer Revolution zu sichern. Jedenfalls standen nationale und liberal-demokratische Forderungen 1989/90 in engster Allianz, ähnlich wie 1848, aber im Gegensatz zum wilhelminischen Reich, zu Weimar und zur NS-Diktatur: die bemerkenswerte Revision eines alten Musters.

Dagegen erschwerte die nationale Wende der Revolution ihre Fortsetzung mit radikal-demokratischen Mitteln: Die bundesrepublikanischen Regeln wurden rasch maßgebend, die Regeln der repräsentativen Demokratie. Und mit ihrer nationalen Wende geriet die Revolution in scharfen Gegensatz zu jedwedem Sozialismus. Während die erste Phase der ostdeutschen Revolution mit der Idee einer selbständig bleibenden und weiterhin sozialistischen, wenn auch demokratisierten und liberalisierten DDR verknüpft oder doch vereinbar gewesen war, implizierte die Hinwendung zur Bundesrepublik in der zweiten und dritten Phase nicht nur den Verzicht auf die Selbständigkeit der DDR, sondern auch die Absage an jedwedes »Experiment« mit einem zugleich demokratisch-freiheitlichen und effizienten Sozialismus. Diejenigen, die die Revolution in ihrer ersten Phase geführt hatten – mit hohem Risiko, unkonventionellen Ideen und bewundernswertem Mut –, gerieten nicht zuletzt deshalb so schnell ins

Abseits: ohne starke Unterstützung in der breiten Bevölkerung, wie sich in den Wahlen vom 18. März zeigte.

Doch sollte man hier zukünftigen Legenden vorbauen. Die Entwicklung eines demokratischen und leistungsfähigen Sozialismus in der DDR ist nicht etwa deshalb gescheitert, weil sich die DDR so schnell der Bundesrepublik in die Arme warf oder weil sie so schnell von der Bundesrepublik umarmt und gelenkt wurde. Es war eher umgekehrt: Gerade weil es in dieser historischen Situation an einem einigermaßen genauen, theoretisch durchdachten und praktikablen Modell des demokratischen Sozialismus als leistungsfähiger Alternative zum diskreditierten diktatorischen Staatssozialismus des Ostens einerseits, zur westlichen, sozialstaatlich überwölbten Marktwirtschaft (einschließlich ihrer sozialdemokratischen Fortentwicklungsmöglichkeiten) andererseits fehlte, ließ es sich so schwer für die Fortexistenz eines selbständigen ostdeutschen Staates argumentierten. Weil der Sozialismus so tief diskreditiert war, wandten sich so viele in der DDR der sich anbietenden bundesrepublikanischen Alternative zu. Zwischen November 1989 und März 1990 bezog die Forderung nach nationalstaatlicher Einigung ihre Stoßkraft vor allem aus der DDR. Sie resultierte aus dem Zusammenbruch der Selbstanerkennung der DDR-Staatsvolks, aus einem Kollaps, hinter dem die Unterlegenheit des Staatssozialismus im Systemwettbewerb stand. Ein Vakuum an kollektiver Identität war die Folge, das sich zur Auffüllung u. a. durch national-deutsche Angebote eignete, die bis dahin eher untergründig weitergelebt hatten und durch die offizielle Nationalrhetorik aus der Bundesrepublik immer neu bestätigt worden waren.

Vor allem aber verbarg sich in dem anschwellenden Ruf der Ostdeutschen nach nationaler Einheit das Verlangen, das ausgeprägte Gefälle an Lebensqualität schnell zu reduzieren, das sie von den bessergestellten Westdeutschen trennte. Daß man unter einem gemeinsamen staatlichen Dach und auf dem Boden einer gemeinsamen Verfassung den Vorsprung der Westdeutschen schneller und sicherer aufholen würde als wenn man auf zwei Staaten verteilt blieb, das stand und steht für eine erdrückende Mehrheit von DDR-Bürgern eindeutig fest. Im Grundsatz haben sie recht.[3] Dies Kalkül – und nicht so sehr irrationale nationale Leidenschaft an sich – motivierte viele von ihnen zu emphatischer Einheitsrhetorik, zum Schwenken der schwarz-rot-goldenen Fahnen ohne Hammer und Zirkel und zur intoleranten Beschimpfung immer kleinerer »roter« Min-

[3] Dies gilt insbesondere für den wahrscheinlichen Fall, daß die Vereinigung auf der Grundlage des Bonner Grundgesetzes stattfindet. Dieses sieht nämlich in Art. 72 (2) die Wahrung der Einheitlichkeit der Lebenverhältnisse in seinem Geltungsbereich und mit dem Länder-Finanzausgleich (Art. 107) ein Mittel zur Herstellung solcher Einheitlichkeit vor. Beitretende ärmere Länder werden dies zu ihrem Vorteil benutzen, sofern dieser regionale Ausgleichsmechanismus nicht zunächst einmal ausgesetzt wird. Trotzdem dürfte die Vereinheitlichung der Lebensverhältnisse länger dauern, als es die DDR-Bürger jetzt erhoffen. Enttäuschung ist insofern vorprogrammiert.

derheiten, die für den Fortbestand einer reformierten, aber selbständigen DDR eintraten. Im nationalen Interpretationsrahmen wurde offensichtliche Ungleichheit als ungerechte Benachteiligung definiert. Mit Verweis auf die nationale Zusammengehörigkeit forderte man ihren Abbau. Auf diesem Hintergrund gewann die Vereinigungsforderung ihre elementare Kraft. Ohne die Tolerierung, Legitimierung und Ermutigung seitens der westdeutschen Politik und der westdeutschen Gesellschaft wäre diese nationale Mobilisierung der Ostdeutschen allerdings kaum möglich gewesen.

Unter den Westdeutschen fand sich weniger Begeisterung für die Vereinigung als im Osten. Weder litt die Bundesrepublik unter mangelnder Anerkennung durch ihr Staatsvolk, noch brauchte man die Vereinigung zur ökonomisch-sozial-politischen Sanierung wie die DDR. Im Gegenteil: Nachdem die Ostdeutschen jahrzehntelang die Kosten der Trennung getragen hatten, sahen sich nun die Westdeutschen aufgerufen, ein wenig für eine Vereinigung zu zahlen, die eben deshalb so entschieden von den »Brüdern und Schwestern« im Osten gefordert wurde, weil sie auch Umverteilung zu ihren Gunsten bedeuten würde. Die Teilung könne tatsächlich nur durch Teilen aufgehoben werden, sagte Ministerpräsident de Maizière.

In der Tat fehlt es nicht an Anzeichen, daß es zukünftig in der Bundesrepublik zu sozialen Protesten gegen die »Opfer« kommen kann, die die Vereinigung von den Westdeutschen fordert. Daß bisher noch nicht mehr davon zu spüren ist, erklärt sich aber nicht nur aus der gegenwärtig ausgezeichneten Konjunktur und einer geschickten Regierungspolitik, die die Bürger glauben macht, die Vereinigung sei zum Nulltarif zu haben. Vielmehr verweist die Haltung der Westdeutschen wie die der Ostdeutschen – abgesehen von zur Zeit nur kleinen Minderheiten auf beiden Seiten – auf die weiterhin große Wirksamkeit des nationalen Zusammengehörigkeitsbewußtseins, in bezug auf das Politik legitimiert und durchgesetzt werden kann, selbst wenn sie auf eine gewisse Umverteilung von Rechten und Pflichten abzielt. Der Selbstverständlichkeit, mit der die Ostdeutschen »have-not's« nach einigem Zögern ihr Verlangen nach ökonomischer und sonstiger Gleichstellung als *Recht* aufgrund ihrer Zugehörigkeit zur gleichen Nation wie die westdeutschen »have's« formulieren, entspricht – trotz allmählich stärker werdender Gegentendenzen – die Selbstverständlichkeit, mit der die große Mehrheit der Westdeutschen bisher darauf verzichtet hat, diese – allerdings nicht allzu einschneidende – Umverteilungszumutung als unbillig zurückzuweisen. Was die Ostdeutschen von den Engländern oder selbst den Österreichern nie zu erbitten wagen würden, von den Westdeutschen erwarten sie es. Was die Westdeutschen den Polen vermutlich verweigern würden, den Ostdeutschen gewähren sie es. Gerecht ist das nicht, aber national. Und langfristig wird es sich auch ökonomisch auszahlen.

Diese nationale Solidarität ist sicher zerbrechlich, leicht zu überfordern und weder natürlich noch ewig. Sie hat nicht viel mit nationalistischer Leidenschaft oder gar mit Chauvinismus zu tun. Sie drängt andere, konkurrierende, über-

schneidende Loyalitäten nicht notwendig in den Hintergrund. Sie ist in der Bevölkerung ungleich verteilt, die Jüngeren stehen ihr ferner als die Älteren. Aber die letzten Monate haben gezeigt, daß auch in Deutschland nationale Identitäten überlebt haben, politisch tragfähig sind und abgerufen werden können, keineswegs nur auf der Rechten des politischen Spektrums. Gleich anderen Glaubenssystemen bedürfen sie kaum der ausdrücklichen Legitimation. Falls doch, wurde in den Diskussionen der letzten Monate gern auf die gemeinsame Geschichte der Deutschen verwiesen, die gerade aufgrund ihrer dunklen Perioden – Nationalsozialismus, Weltkrieg, Niederlage – gemeinsame Pflichten und Verantwortungen begründe. Das ist interessant. Die unübersehbare Aufwertung und politische Verwendung nationaler Zugehörigkeit und Identität führen nicht notwendig zur Verdrängung oder »Entsorgung« geschichtlicher Erinnerung. Nationale Selbstbesinnung und ein wahrhaftiges Verhältnis zur gemeinsamen Geschichte – gerade auch zu ihren Brüchen und Katastrophen – können geradezu aufeinander angewiesen sein.

V. Ein Deutschland statt zwei

Es gab zumindest vier starke Gründe für die Existenz zweier deutscher Staaten. Zwei davon sind 1989 zusammengebrochen, einer erwies sich als stark überschätzt und der vierte allein ist nicht stark genug, die Teilung als historisch sinnvoll oder gar notwendig erscheinen zu lassen.

1. Die deutsche Teilung war eine Säule der Stabilität in Europa. In den Jahrzehnten der bipolaren Mächtestruktur beruhte das internationale Gleichgewicht auch auf der Existenz zweier deutscher Staaten und ihrer Zugehörigkeit zu verschiedenen, feindlichen, aber stabilisierenden Allianzen. Mit dem Niedergang des sowjetischen Einflusses im mittleren und östlichen Europa zerbröckelte die bipolare Struktur. Damit verlor die deutsche Teilung einen guten Teil ihres historischen Sinns. Mehr als das: Was für Jahrzehnte Basis der Stabilität war, hätte unter geänderten Bedingungen zur Quelle der Instabilität werden können.

2. Die zwei deutschen Staaten unterschieden sich nach ihrer wirtschaftlichen Ordnung, ihrem sozialen Baumuster, ihrer politischen Ordnung und ihrer offiziellen Ideologie. Sie waren als Pole eines Systemgegensatzes aufeinander bezogen. Dieses von gegenseitiger Beobachtung geprägte Gegensatzverhältnis wirkte sich als Infragestellung der DDR und als zusätzliche Legitimitätsgrundlage für die Bundesrepublik aus. Jene ist u. a. auch daran gescheitert. Für die Bundesrepublik hat der Zusammenbruch des Staatssozialismus in der DDR zunächst einmal einen Selbstanerkennungsstoß sondergleichen ausgelöst. Zum Jahreswechsel 1989/90 zeigte das Stimmungsbarometer der Umfrageforscher mehr kollektiven Optimismus als an irgendeinem anderen Jahreswechsel seit Anfang der 70er Jahre. Hat sich das eigene System nicht als klar überlegen

erwiesen? Dies ist nicht die Zeit für gesteigerte Selbstkritik, jede Opposition hat es schwer. Demnächst aber wird die Bundesrepublik keine DDR mehr haben, mit der sie sich vergleichen könnte, um sich zu bestätigen. *Diese* Quelle bundesrepublikanischer Legitimität ist dabei zu versiegen. Sie wird dem entstehenden größeren Deutschland nicht mehr zur Verfügung stehen.

Mit dem wirtschaftlich-gesellschaftlich-politischen Systemgegensatz ging eine Konstellation zu Ende, die die staatliche Teilung Deutschlands nicht nur notwendig machte, sondern auch für Minderheiten in beiden deutschen Staaten legitimierte: in der DDR für die überzeugten Anhänger des »Realsozialismus«, die es ja ebenfalls gab, auch wenn sie derzeit nicht gerade sehr sichtbar sind; in der Bundesrepublik für die systemkritischen, kapitalismusskeptischen, in der einen oder anderen Weise sozialistischen Zeitgenossen, die zwar den »Realsozialismus« drüben aufgrund seiner Unfreiheit, seiner bürokratischen Erstarrung und seinem Mangel an Demokratie kritisieren mochten, aber dennoch darauf hofften, daß er sich langfristig in eine sowohl leistungskräftige wie demokratische Alternative zum kapitalistischen Wirtschafts- und westlichen Gesellschaftssystem entwickeln würde. Das ist vorbei.

3. Die beiden deutschen Staaten besaßen aufeinander bezogene, aber separate Geschichten, 1989 schon vierzig Jahre lang. Zwei verschiedenartige Identitäten schienen sich zu entwickeln: wirtschaftlich, politisch und auch kulturell, im Lebensstil, im Geschmack und bis hinein in die Sprache. Sicher, man kannte die Reste gemeinsamer, systemübergreifender, nationaler Identität. Man sah, daß sie in der allerletzten Zeit wieder zunahmen: Die forcierte Erinnerung an das ganze »historische Erbe« (DDR) und an die Nationalgeschichte als Basis kollektiver Identität (BRD) betonte letztlich, was die Deutschen gemeinsam hatten. Die Friedensbewegungen definierten gesamtdeutsche Interessen, teilweise in Abgrenzung zu beiden Bündnissen und ihren Vor-Mächten. Die Kriminalisierung des grenzüberschreitenden Fernsehens hatte in der DDR seit Jahren aufgehört. Nicht zuletzt als Folge der ostpolitischen Neuorientierung seit 1969 hatten die tatsächlichen Kontakte zwischen den Deutschen im Osten und Westen wieder zugenommen; das setzte sich nach 1982 fort.

Dennoch glaubten viele, daß aufgrund unterschiedlicher Schulsysteme und Staatseinwirkungen, angesichts sich abschwächender Verwandtschaftsbeziehungen und getrennter Erfahrungswelten, unterschiedlicher Wirtschaftssysteme und Ungleichheitsmuster allmählich die beiden deutschen Gesellschaften separate Identitäten entwickeln würden und man langfristig einem Prozeß der Nations-Entbildung beiwohnte, einem Prozeß der Ausdifferenzierung zweier post-nationaler Staats- und Gesellschaftssysteme von der Art, wie er über Jahrzehnte hinweg Österreich und Deutschland auseinanderbewegt hat.[4]

---

[4] Warum entwickelte sich das DDR-BRD-Verhältnis nicht im Sinn des Verhältnisses von Österreich zu Deutschland?

1989/90 war nun zu entdecken, daß die mehr als vierzig Jahre getrennter Geschichte unter entgegengesetzten Systembedingungen nicht ausgereicht haben, die kollektiven Identitäten beider deutscher Bevölkerungen so unterschiedlich und in ihrer Unterschiedlichkeit zugleich so legitim zu machen, daß sie trotz des Wandels der internationalen Bedingungen und trotz des Zusammenbruchs der Systemdifferenzierung staatliches Selbständigkeitsstreben auch in der DDR hätten abstützen können. Nur für Minderheiten scheint dies der Fall zu sein, für die Mitglieder der PDS (ehemals SED) und in anderer Weise für die linken Oppositionellen in jenen Gruppen, die wie das Neue Forum die Anführer der Revolution in ihrer ersten Phase gestellt haben. Vielleicht ergibt sich in den nächsten Monaten, daß die unterschiedlichen Erfahrungen in West und Ost die Deutschen in der Bundesrepublik und in der DDR doch sehr unähnlich gemacht haben: im Arbeitsverständnis und im Geschichtsbewußtsein, im Lebensstil und in der politischen Kultur. Wahrscheinlich nimmt das Selbständigkeitsbewußtsein in der DDR-Bevölkerung demnächst wieder zu: als Reaktion auf die westdeutsche Dominanz und als Grundlage neuer Spannungen. Aber zur Zeit – im April 1990 – hat man den Eindruck, daß das realsozialistische System in vier Jahrzehnten nicht allzu tief in die Lebenswelt der Menschen eingedrungen ist und nationale Gemeinsamkeiten deshalb den Systemgegensatz sehr viel ungebrochener überstanden haben, als man dachte.

4. In der deutschen Geschichte hat sich der Nationalismus besonders tief diskreditiert. War er ursprünglich auch hier ein zentrales Element linker Politik gewesen und noch 1848/49 in enger Allianz mit dem Liberalismus und teilweise auch mit der Demokratie gestanden, wechselte er nach der Reichsgründung die Seiten. Zunehmend wurde er zu einer Sache der Rechten, häufig gegen Demokraten und Sozialdemokraten eingesetzt. Im Zeitalter des Imperialismus wuchs seine Aggressivität, mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs hatte er nicht nur in Deutschland viel zu tun. In der Weimarer Republik trat die alte Spannung zwischen liberalen Verfassungsprinzipien und sich radikalisierendem Nationalismus voll hervor. Er wurde zu einem zentralen Element des Kampfes der Rechten gegen den demokratischen Parlamentarismus der Weimarer Republik. Er diente dem Bündnis zwischen alten Eliten und Hitlers radikaler Bewegung als Kitt und war zentral für die nationalsozialistische Machtergreifung. Im Namen der deutschen Nation und unterstützt von nationalistischen Massenstimmungen, die sie zu manipulieren und radikalisieren verstand, rechtfertigte

---

(Fortsetzung Anmerkung 4)

1. Die Verselbständigung Österreichs aus dem nationalen Gesamtzusammenhang konnte sich auf eine lange historische Tradition stützen, die die Österreicher partiell von den Deutschen des Bismarck-Reichs unterschied. Eine solche Tradition fehlt in der DDR, deren Grenzen gegenüber der Bundesrepublik nicht aufgrund historischer Überlegungen festgelegt wurden.
2. besteht keine ausgeprägte Ungleichheit der Lebenschancen zwischen Österreichern und Westdeutschen. Damit fehlt ein entscheidender Antrieb zur Forderung nach nationaler Einheit, der im Fall der DDR geschichtsmächtig wurde.

die nationalsozialistische Führung Deutschlands in der Folge ihre Diktatur, die schlimmsten Unterdrückungen im Innern und die bösesten Aggressionen nach außen, Verfolgung, Zerstörung und Verbrechen.

In dieser Geschichte lagen die tiefe innere Delegitimierung des Nationalismus und die gründliche Infragestellung des nationalstaatlichen Prinzips begründet. Im Licht dieser Erfahrungen erschien uns die Existenz zweier deutscher Staaten mit begrenzter Souveränität und unterschiedlicher Allianzeinbindung ganz akzeptabel. Viele Bewohner der Nachbarländer wie auch viele Deutsche selbst empfanden es als Erleichterung, daß Deutschland nicht mehr dem Kreis der Großmächte angehörte. War nicht ein starker deutscher Nationalstaat fast notwendig zum Störenfried und Explosionsherd geworden, im »Herzen Europas«, wo jahrhundertelang ein lockerer Zusammenschluß kleiner und mittlerer politischer Einheiten das europäische Gleichgewicht stabilisiert hatte? War nicht das deutsche Volk einfach zu groß für Europa und, falls nationalstaatlich geeint, fast automatisch ein Störenfried? Aber auch wer solchen geographischen und demographischen Vereinfachungen skeptisch gegenüberstand, mochte in der Konsequenz übereinstimmen und eingedenk der besonderen Geschichte des deutschen Nationalstaats über seine Aufgliederung nicht besonders unglücklich sein. Weder das eine noch das andere Deutschland sah sich noch den Verführungen ausgesetzt, die von der Arroganz der großen Macht ausgehen können. Der Nationalismus war eine Sache der Vergangenheit. Ohnehin schien manches darauf hinzudeuten, daß angesichts zunehmend internationaler Probleme, Problemlösungen und Verflechtungen der Nationalstaat aufhörte, das selbstverständliche Organisationsprinzip moderner Gesellschaften zu sein. Möglicherweise hatte der Mißerfolg ihres nationalstaatlichen Projekts den Deutschen langfristig auch eine besondere Chance zugespielt, nämlich die, daß für sie die Herausbildung post-nationaler Identitäten besonders nahelag und sie damit die große Utopie eines geeinten Europas besonders gut fördern konnten. »Vielleicht sollten wir sogar stolz darauf sein, daß wir nicht mehr so stolz auf unsere angeborene Nationalität sind«, schrieb Eberhard Jäckel.

Die Berechtigung dieser Argumente ist heute nicht geringer als vor zwei oder zwanzig Jahren. Es ist in der Tat nie richtig gelungen, Frieden, Freiheit und nationalstaatliche Einheit in unserem Teil der Welt miteinander zu versöhnen, auf einen Nenner zu bringen. Innerhalb der deutschen Geschichte war die Periode des Nationalstaats kurz und relativ erfolglos, dagegen übermäßig reich an Opfern und menschlichen Kosten, die bekanntlich nicht nur von den Deutschen bezahlt wurden. Woher nimmt man das Recht, auf diesem Hintergrund von Scheitern und Schuld sich noch einmal in das Abenteuer einer Nationalstaats-Neugründung zu stürzen? Was ist der Sinn?

Manche haben sich aus solchen oder ähnlichen Erwägungen in den letzten Monaten konsequent gegen die möglich werdende Vereinigung der beiden deutschen Staaten gestellt. Sie verdienen Respekt. Aus den gleichen Gründen haben viele andere, in Deutschland und anderswo, den Einigungsprozeß mit sehr

gemischten Gefühlen verfolgt. Die Erinnerung ist stark, Wiedervereinigungsskepsis läßt sich durchaus begründen, Sorgen sind berechtigt.
Aber andererseits folgt der Vereinigungsverzicht nicht notwendig aus jenen historischen Argumenten. Ist nicht auch im deutschen Fall die Wahrscheinlichkeit eines extremen Nationalismus mit den Bedingungen und Erfahrungen dahingeschwunden, die ihn seit dem späten 19. Jahrhundert mit Höhepunkt in der Zwischenkriegszeit hervorgebracht haben? Würde sich nicht auch ein vereinigtes Deutschland nach Erstreckung, Sozialstruktur, Verfassung und Kultur zutiefst vom Deutschen Reich der Zwischenkriegszeit und vom Kaiserreich vor 1914 unterscheiden? Bestehen nicht gute Chancen, ein sich bildendes größeres Deutschland in die dichten übernationalen Strukturen wirtschaftlicher, politischer und militärischer Natur einzubinden, die sich vor allem im westlichen Europa herausgebildet haben und die sich weiter ausbauen lassen? Kann man nicht mit sehr guten Gründen erwarten, daß sich jene Vergangenheit nicht wiederholt, insbesondere wenn sie in Erinnerung bleibt? Schließlich: Wenn denn der »Schoß fruchtbar« noch wäre, die Gefahr des extremen Nationalismus in Deutschland weiterhin drohte und die Angst vor den Deutschen auch zukünftig sehr viel begründeter wäre als die Angst vor anderen Nationen Europas, was berechtigte dann zu der Annahme, daß ein trotz der genannten Wandlungen weiterhin staatlich geteiltes Deutschland weniger bedrohlich ist als ein im Konsens geeintes? Es könnte gerade umgekehrt sein.
Jedenfalls erwies sich die historische Argumentation – allein genommen – als nicht durchschlagend genug, um die Fortexistenz der deutschen Zweistaatlichkeit zu begründen, während starke Kräfte in Richtung Vereinigung drängten und diese von der internationalen Konstellation und vom Systemkonflikt anders als in den letzten Jahrzehnten nicht mehr blockiert wurde. Ein Land würde sich wohl in der Tat überfordern, wollte es seine politische Existenzform auf das Prinzip des Mißtrauens gegen sich selbst bauen und nur aus diesem Grund auf die derzeit normale politische Organisationsform moderner Gesellschaften, die nationalstaatliche Form, freiwillig verzichten.

VI. Ende oder Neubeginn eines deutschen Sonderwegs

Man war daran gewöhnt, die Jahre um 1945 als tiefste Zäsur in der neueren deutschen Geschichte zu verstehen. Die nationalsozialistische Diktatur ging in den Schrecken des von ihr angezettelten Weltkriegs zugrunde. Ihre Verbrechen wurden offenbar, und die Erinnerung an sie gibt der deutschen Geschichte eine besondere Qualität, die sie vorher nicht hatte. Der 1870/71 gegründete Nationalstaat zerbrach. Der deutsch besiedelte Raum schrumpfte erheblich nach Westen zusammen. Die vielen Millionen Flüchtlinge und Vertriebenen veränderten die Milieus, in die sie einströmten. Die sozialen, politischen und kulturellen Strukturen, durch die sich die Deutschen von den Westeuropäern unter-

schieden und die zum Sieg des Nationalsozialismus beigetragen hatten, überlebten die Zäsur um 1945 nicht oder nur stark geschwächt: Mit dem Verlust der Ostgebiete und der Enteignung östlich der Elbe hörten die Großagrarier, die Junker, als Klasse auf zu bestehen. Nationalismus und Militarismus verloren ihre Kraft. Erstmals entstand in Deutschland ein wirklich funktionierender parlamentarisch-demokratischer Verfassungsstaat, der von weiten Bevölkerungskreisen einschließlich der Oberschicht akzeptiert wurde. Das Parteiensystem war neu, nicht mehr durch die konfessionelle Spannung geprägt. Auch die Gewerkschaften wurden nach 1945 anders aufgebaut als sie vor der Zerschlagung durch die NS-Diktatur existiert hatten; hier war die Einheitsgewerkschaft die große Errungenschaft. Allmählich entstand eine demokratische politische Kultur, die ehemals starken Traditionen der Illiberalität schwächten sich ab. Der Einfluß der Besatzungsmächte half, das Wachstum der folgenden Jahre erst recht.

Es gab natürlich viele Kontinuitäten und weiterhin deutsche Besonderheiten. So überlebte – zum Glück – der Föderalismus; der Beamtenstaat widerstand der Reform; und die Absetzung von der nationalsozialistischen Zeit war belastenderweise viel weniger radikal als man es sich gewünscht hätte – trotz der Mithilfe der Besatzungsmächte bei der Entnazifizierung, die eben nur teilweise gelang. Aber insgesamt wurde aus der Bundesrepublik Deutschland nach Verfassung, Gesellschaftsstruktur, Wirtschaftsform und Kultur ein relativ normales Land westlichen Musters, mit dessen typischen Vorzügen und Problemen. Auch aufgrund seiner politischen, ökonomischen, militärischen und kulturellen Verflechtungen gehörte der größte Teil Deutschlands nunmehr eindeutig zum Westen. Der »deutsche Sonderweg« schien zu Ende.

Zwei Einschränkungen waren bekannt: All dies traf nur auf den größeren westlichen Teil Deutschlands zu, nicht auf den kleineren östlichen Teil, der in dieser Interpretation keine größere Rolle spielte. Zum andern: Der Verlust des Nationalstaats, die Existenz zweier deutscher Staaten, die fehlende Kongruenz von politischer Organisation und Erstreckung der Nation – darin lag weiterhin eine deutsche Besonderheit begründet, deren langfristige Bedeutung nicht absehbar war. Im Licht der jüngsten Ereignisse werden diese beiden Einschränkungen der Ende-des-Sonderwegs-Interpretation nur um so klarer. Bald dürfte aus der Rückschau noch deutlicher werden, wie sehr auch die Bundesrepublik durch die Existenz eines zweiten deutschen Staates und durch ihr Wechselverhältnis zu diesem geprägt war. Auch wird man rückblickend die Abhängigkeit der inneren Ordnung von der internationalen Konstellation stark in Rechnung stellen müssen.

Wird als Folge der Revolutionen von 1989 die Zäsur von 1945 relativiert? Sicherlich geht derzeit eine Epoche deutscher Geschichte zu Ende. Wird die zukünftige Entwicklung Deutschlands wieder stärker jenem Sonderweg folgen, der endgültig zu Ende gegangen schien? Beginnen neue deutsche Sonderwege? Nie seit der unmittelbaren Nachkriegszeit dürfte die Zukunft so offen gewesen

sein wie jetzt. Die Bedeutung der gegenwärtigen Zäsur wird erst viel später zu erkennen sein. Doch das Folgende läßt sich wohl sagen:

1. Die Ostgrenze Deutschlands an Oder und Neisse wird in der bevorstehenden Neuordnung als definitiv besiegelt werden. Hier haben Flucht und Vertreibung nicht revidierbare Verhältnisse geschaffen. So schmerzlich jene Deportationen von den Betroffenen erlebt wurden und so ungerecht sie waren, in langfristiger Sicht haben sie geholfen, das Problem der »Volksdeutschen« weitgehend zu beseitigen, das immer wieder zu Konflikten führen und revisionistischen Nationalismus hervorbringen mußte. Das neu entstehende Gesamtdeutschland unterscheidet sich von dem früheren Deutschen Reich nicht zuletzt in seiner Erstreckung nach Osten. Das neue Deutschland ist keine Wiederherstellung des alten. Deshalb empfiehlt es sich, von »Vereinigung« statt von »Wiedervereinigung« zu sprechen.

2. Zweifellos wird die Vereinigung sozial-ökonomisch, verfassungspolitisch und kulturell keine Restauration der Verhältnisse vor 1945 oder vor 1933 bringen und also keine Rückkehr auf den alten deutschen Sonderweg. Auch die Agrarreform und die Enteignung des Großgrundbesitzes dürften nur zum kleinen Teil rückgängig gemacht werden. Die Einzelheiten sind jedoch unklar.

3. Aus Gründen, die hier nicht weiter erörtert werden können, stellt der Nationalstaat weiterhin die Normalform politischer Organisation europäischer Gesellschaften dar; er ist mit regionaler Vielfalt und supranationaler Verflechtung vereinbar. Die nationalstaatliche Vereinigung der beiden deutschen Staaten, die in gewissem Sinn post-nationale Gemeinwesen darstellten, treibt die Entwicklung zu einer Ordnung jenseits der Nationalstaaten nicht voran. Darüber mag man enttäuscht sein. Aber sie begründet als solche keinen deutschen Sonderweg, sondern bedeutet den Anschluß der deutschen Entwicklung an die europäische Normalität. Den Zusammenschluß des westlichen Europas muß sie nicht stören.

4. Das künftige Gesamtdeutschland wird sich nicht nur nach Größe und Erstrekkung, sondern auch nach Struktur und Qualität von der Bundesrepublik unterscheiden. Was bringt die DDR in die Verbindung ein? Die Sensibilität für soziale Belange, Übung in nicht-marktförmigen Beziehungen, einen wohltuenden Stil der Bescheidenheit, Nachdenklichkeit, Qualifikationen und Fleiß, dazu das Bewußtsein, eine Volksbewegung zu beträchtlichem Erfolg geführt zu haben? All das wäre nicht wenig. Hinzu kommt vermutlich bald wieder der Stolz, Jahrzehnte unter schwierigen Bedingungen überstanden zu haben, während es die im Westen um so viel leichter hatten. Andererseits wird der entstehende Gesamtstaat mit Problemen belastet werden, die die sich auflösende DDR mit in die Verbindung bringt: wirtschaftliche und soziale Übergangs- und Anpassungsschwierigkeiten größten Ausmaßes und daraus entstehende Protestpotentiale, von denen man nicht weiß, wie sie sich politisch artikulieren werden; die Erblast einer Jahrzehnte dauernden Diktatur, die in personellen Kontinuitäten ebenso weiterleben dürfte wie in Eigenarten der politischen Kul-

tur; einen empfindlichen Mangel an Liberalität, die in der Bundesrepublik langsam gewachsen ist; dafür Erfahrungen der Niederlage, der Demütigung vielleicht; gebrochene Identitäten und damit verbundene Unberechenbarkeit; ungelöste Probleme der »Vergangenheitsbewältigung«. Wie wird es dem entstehenden Gesamtdeutschland gelingen, diese Schwierigkeiten zu absorbieren, ohne an ihnen Schaden zu nehmen?

Im Vergleich zur Bundesrepublik wird sich das neue Deutschland weiter nach Osten erstrecken und protestantischer sein. Es wird die Kernlande des alten Preußen umfassen und nicht wie die Bundesrepublik im wesentlichen auf das Gebiet des rheinbündischen Deutschland beschränkt sein. Es wird aus einer anderen Mischung regionaler Kulturen bestehen als jene. Das langsamere Wirtschaftswachstum, die Fortdauer des Mangels und der erzwungene Verzicht auf die Öffnung nach Westen haben dazu geführt, daß die DDR deutscher geblieben ist als die Bundesrepublik, zumal sie sich aus erklärlichen Gründen kulturell, politisch und gesellschaftlich viel weniger von ihren östlichen Nachbarn beeinflussen ließ als die Bundesrepublik vom Westen. Wird also die Vereinigung die Balance ändern und die Bindung Deutschlands an den Westen – verglichen mit der Westorientierung der Bundesrepublik – lockern? Wird sie also doch einen Schritt zurück auf den deutschen Sonderweg zwischen Ost und West bedeuten, wenn natürlich auch in zeitangemessenen Formen? Manches Gerede vom »dritten Weg«, von der Brückenfunktion der Deutschen, von Berlin als der neuen Metropole des Ostens, seit jeher durch Kargheit vom opulenten Westen getrennt, auch manche Kritik am Grundgesetz und seinem angeblichen Demokratiedefizit scheinen in diese Richtung zu weisen.

Wer diese Tendenzen eingedenk unserer Sonderweg-Geschichte nur mit Besorgnis verfolgt und nicht bereit ist, die Grundlagen der Bundesrepublik aus nationalen Motiven neu zur Disposition zu stellen und erneut zu verhandeln, wird alles daran setzen, daß die Vereinigung *zu westdeutschen Bedingungen* erfolgt: als Integration der DDR in die Bundesrepublik, auf der Basis des Grundgesetzes – unbeschadet nötiger Modifikationen im einzelnen –, bei gleichzeitiger Förderung der Einbindung Deutschlands in den zu intensivierenden Zusammenhang der EG und ohne jeden Flirt mit militärpolitischer Neutralität, unter welcher Bezeichnung auch immer. Die Chancen stehen nicht schlecht: Die grundgesetzlich abgestützte Ordnung der Bundesrepublik hat bei aller Kritik und aller Reformbedürftigkeit im einzelnen hohe Legitimität. Die Integration der EG ist weit fortgeschritten, sie steht der deutschen Vereinigung dank der klugen Politik der westlichen Nachbarn keineswegs im Weg; jeder neue deutsche Sonderweg käme teuer. Und selbst die östlichen Nachbarn scheinen die westliche Einbindung der deutschen Militärmacht ihrer unberechenbaren Verselbständigung vorzuziehen. So könnte es sein, daß am Ende des Umbruchs, den wir erleben, für ganz Deutschland bekräftigt wird, was die Zäsur um 1945 für seinen westlichen Teil entschied: das Ende des Sonderwegs und die Zugehörigkeit zum »Westen«, der sich kräftig nach Osten hin ausdehnt und

immer weniger eine geographische Region als vielmehr ein politisch-kulturell-gesellschaftliches Ensemble von Strukturen, Beziehungen und Werten meint. Aber die Zukunft ist offen, und die Probe steht erst noch bevor.